

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 25 (1978)
Heft: 10: Jubiläumsausgabe Oktober 1978

Artikel: Die Rolle des Zivilschutzes im militärischen Kräfteressen der beiden Supermächte
Autor: Schoettli, Urs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-366543>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Rolle des Zivilschutzes im militärischen Kräfterennen der beiden Supermächte

Von Urs Schoettli, London

Ungeachtet der Tatsache, dass mit den atomaren Waffen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion heute jede Stadt auf dem Erdball siebenmal (!) zerstört werden könnte, hält das unerbittliche Rüstungswettrennen zwischen den beiden Supermächten unvermindert an. Der gegenwärtige Wettlauf um die Gewinnung von Einflussphären im rohstoffreichen Afrika, der nach wie vor unkontrollierte und ungebremsende Aufwand bei der militärischen Forschung sowie die zunehmende militärische Aufrüstung von Entwicklungsländern lassen den Schluss zu, dass ungeachtet der SALT-Verhandlungen und ungeachtet der grossen Gefahren, welche das nackte Überleben der Menschheit bedrohen – Hunger, Umweltzerstörung, Übervölkerung, Rohstoffverschwendung –, das todbringende Wettrennen zwischen den Atommächten sich auch in den letzten beiden Jahrzehnten dieses Jahrhunderts fortsetzen wird.

Die Chancen der Schweiz, auch das nächste Jahrhundert als freier und unabhängiger Staat in Mitteleuropa beginnen zu können, hängen, vom Gesichtspunkt des militärischen Machtpotentials in Europa aus gesehen, nicht allein davon ab, ob unser Land als wirtschaftlich und sozial gesundes Gebilde aus den gegenwärtigen ökonomischen Umwälzungen hervorzugehen vermag, sondern auch und vor allem davon, ob die Schweiz den Willen und die Fähigkeit, ihre Unabhängigkeit notfalls auch mit Gewalt zu verteidigen, bewahren kann. Wir haben verschiedentlich dargelegt, welche entscheidende Rolle der Zivilschutz zur Stärkung dieses nationalen Willens zum Überleben besitzt. Die Schweizerische Gesamtverteidigungskonzeption trägt folgerichtig der Erkenntnis Rechnung, dass die militärische Landesverteidigung nur zu rechtfertigen ist, wenn das Volk, welches es zu verteidigen gilt, auch realistische Chancen zum Überleben hat.

In einem Gespräch mit Colonel Jonathan Alford, Assistant Director des Londoner International Institute for Strategic Studies (IISS), sowie beim Studium der Unterlagen über die Zivilschutzanstrengungen der wichtigsten Nato-Staaten und der Sowjetunion liessen sich einige Erkenntnisse über die Rolle, welche die beiden Supermächte in ihren strategischen Planungen dem Zivilschutz beimessen, gewinnen.

Es ist klar, dass die nachfolgenden Ausführungen die Problematik nicht voll auszuleuchten vermögen. Dennoch, vom Standpunkt desjenigen aus gesehen, der sich in der Schweiz mit Zivilschutzfragen auseinandersetzt, war es erstaunlich, welcher geringer Stellenwert dem Zivilschutz bis anhin im strategischen Denken des Westens wie auch des Ostens beigegeben wurde. Ohne nationales Selbstlob zu betreiben, kann gleich zu Beginn des Artikels hervorgehoben werden, dass die Bedürfnisse des Schutzes der Zivilbevölkerung und der kriegswirtschaftlichen Vorsorge von der politischen und militärischen Führung unseres Landes in weitaus fortschrittlicherer und verantwortungsbewussterer Weise berücksichtigt werden, als dies in den USA und in den meisten west- und osteuropäischen Staaten der Fall ist.

Zivilschutz als destabilisierender Faktor?

Die Auseinandersetzung mit den strategischen Studien des IISS führt zur Erkenntnis, dass, was für den Kleinstaat Schweiz eine indiskutable Notwendigkeit ist, für die Supermächte nicht a priori selbstverständlich zu sein braucht. Unser Milizsystem und die nach wie vor tiefe Verankerung der Armee im Volk haben es für die Schweiz zum politischen Dogma werden lassen, bei der militärischen Planung die Bedürfnisse von Armee und Zivilbevölkerung so weitgehend als möglich aufeinander abzustimmen. So wird angesichts der verheerenden Wirkung moderner Massenvernichtungswaffen niemand vernünftigerweise das Hauptziel des Schweizer Zivilschutzes «Jedem Einwohner einen Schutzplatz» in Frage stellen können.

Dies alles steht in auffälligem Kontrast zur Entwicklung in den drei mittelstarken Mächten Grossbritannien, Frankreich und Bundesrepublik. Während sich bei den Deutschen Ansätze zum Aufbau eines wirksamen Zivilschutzes erkennen lassen – immerhin wirken hier noch die blutigen Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg nach –, wird der Zivilschutz in Frankreich und insbesondere in Grossbritannien vollständig vernachlässigt. So besteht beispielsweise für keine der britischen Grossstädte ein einsatzfähiger Zivilschutz. Während

man in der Schweiz die Unterstellung sämtlicher Gemeinden unter die Schutzpflicht diskutiert, verfügt die Acht-Millionen-Stadt London weder über private noch über öffentliche Schutzräume, sieht man davon ab, dass im Ernstfall die Schächte der U-Bahn gewisse Schutzmöglichkeiten böten. Für die gesetzliche Regelung, wonach bei Neubauten Schutzräume eingebaut werden müssen und die Kosten zu einem grossen Teil vom privaten Bauherrn getragen werden, haben die Briten ein ungläubiges Staunen.

Die Vernachlässigung bzw. Förderung des Zivilschutzes durch die beiden Supermächte hat ganz andere, globalstrategische Hintergründe. Dies lässt sich am besten an der Auseinandersetzung in den Vereinigten Staaten über die militärischen Auswirkungen der Zivilschutzanstrengungen in der UdSSR auf das weltweite Kräftegleichgewicht und über die erforderlichen Gegenmassnahmen der USA aufzeigen. Von Anfang an gilt es dabei zu berücksichtigen, dass die Vereinigten Staaten in diesem Jahrhundert auf ihrem Territorium keine kriegerischen Auseinandersetzungen hatten und im Gegensatz zur Sowjetunion nicht die bittere Erfahrung von Besetzung, Zerstörung und millionenfachen Verlusten unter der Zivilbevölkerung durchmachen mussten. Die Frage, welche im Mittelpunkt der Zivilschutzdiskussion in den USA steht, lautet: Wirken die Zivilschutzanstrengungen der Sowjetunion als destabilisierender, kriegsfördernder Faktor im Kräfterennen der beiden Supermächte? Die Antwort, welche in entscheidender Weise das strategische Denken und Planen der USA für die nächsten zwei Jahrzehnte bestimmen wird, steht heute noch aus.

Wo steht der sowjetische Zivilschutz?

Wie in den meisten politischen, sozialen und militärischen Bereichen, ist man auch beim Zivilschutz in der Sowjetunion auf Vermutungen angewiesen, da hier die dem Westen zugänglichen Informationen oft dem Wunschdenken sowjetischer Propaganda entspringen und wenig mit der Wirklichkeit zu tun haben. In einem ausführlichen Beitrag in der Mai/Juni-Nummer von «Survival», einer Publikation des International Institute for Strategic Studies, setzt sich der Ame-

rikaner Fred M. Kaplan mit den Argumenten jener auseinander, welche dem sowjetischen Zivilschutz einen hohen Grad an Wirkung und Einsatzbereitschaft beimesen.

Die beiden Generäle Daniel O. Graham, früherer Direktor des Verteidigungs-Nachrichtendienstes, und George Keegan, früherer Direktor des Luftwaffen-Nachrichtendienstes, vertreten die Ansicht, dass das sowjetische Zivilschutzprogramm das strategische Gleichgewicht in empfindlicher Weise störe. Ihre These ist, dass die Sowjetunion mit einem überraschenden ersten Nuklearangriff grosse Teile der amerikanischen Nuklearwaffen in den Raketensilos, auf den Flughäfen der strategischen Bomber und in U-Boot-Häfen zerstören könnte und dass ein umfassender Vergeltungsschlag der USA aufgrund des sowjetischen Zivilschutzes kaum mehr als 2 bis 10 % der sowjetischen Zivilbevölkerung töten würde. Die zerstörten Industrieeinrichtungen vermöchte die UdSSR in zwei bis vier Jahren wieder voll funktionsfähig zu haben. Dies, so der Schluss der Generäle, stelle die Abschreckungswirkung der amerikanischen Nuklearstreitmacht in Frage.

In seiner Entgegnung widerlegt F. Kaplan mehrere Voraussetzungen der Studie der beiden Generäle. Diese gehen davon aus, dass die Sowjetunion über einen gigantischen Plan zur Evakuierung und zum Schutz der Zivilbevölkerung verfügt, dass sie einen landesweiten Industrieschutz hat und grosse Industrieanlagen durch Dezentralisierung weniger verwundbar machen kann, dass die Öffentlichkeit für allfällige Evakuationen und Überlebensmassnahmen gut vorbereitet ist, dass grosse Budgetreserven für die Belange des Zivilschutzes eingesetzt werden können und dass umfassende Massnahmen für Rettungsaktionen nach erfolgtem Atomangriff bestehen. F. Kaplan sieht die heutige Sowjetunion ausserstande, grosse Bevölkerungsevakuationen rasch und – was für den Überraschungseffekt des ersten Schlages unerlässlich ist – unbemerkt durchführen zu können. Zu den geringen privaten Transportkapazitäten kommt als weiteres Erschweris hinzu, dass die meisten Eisenbahnlinien nur einspurig sind und ein Grossteil der Waggons dauernd mit Frachtgütern belegt ist. Sowohl Leningrad als auch Moskau sind von zahlreichen Industriezentren umgeben, was eine Verschiebung ihrer Bevölkerungen aufs Land zusätzlich erschwert und verzögert. Die chronischen Engpässe in der Lebensmittelversorgung machen ein Überleben in Unterstän-

den höchst fraglich, da es wohl kaum gelingen kann, rechtzeitig und in ausreichender Menge Lebensmittelvorräte anzulegen. Das sowjetische Zivilschutzhandbuch von 1974 unterschätzt in beträchtlichem Ausmass die Frischluftzufuhr, welche bei einem längeren Überleben in unterirdischen Zivilschutzräumen nötig ist.

Abgesehen davon, dass das Programm zum Schutz wichtiger Industrieeinrichtungen nach wie vor in den Anfängen steckt, ist es auch technisch unmöglich, so lebensnotwendige Anlagen wie Ölraffinerien, Kraftwerke, Stahlwerke, Automobilfabriken, chemische Werke usw. umfassend zu schützen. Wird der hohe Zentralisierungsgrad der sowjetischen Industrie in Betracht gezogen, so genügen relativ wenige Nuklearsprengköpfe, um die sowjetische Wirtschaft so zu schädigen, dass sie Jahrzehnte zum Wiederaufbau benötigen würde. F. Kaplan widerlegt mit statistischen Angaben die These, dass die UdSSR bereits heute ihre lebenswichtigen Industrieanlagen dezentralisiert habe. So konzentriert sich beispielsweise die chemische Industrie der UdSSR auf 25 Städte, werden 60 % der Stahlproduktion in bloss 15 Kombinatn hergestellt, befinden sich sämtliche Automobilfabriken in 12 Städten, und 9 Unternehmen stellen sämtliche Traktoren her.

Die Behauptung, dass die sowjetische Bevölkerung eine gute Zivilschutzausbildung erhalte, wird durch den Stellvertretenden Verteidigungsminister der UdSSR, General Alexander Altunin, selbst in Frage gestellt. 1975 wurde das Programm des Zivilschutzes zugunsten militärischen Trainings von 35 auf 29 Stunden reduziert, und 20 % der Bevölkerung, insbesondere Hausfrauen und Rentner, werden vom Zivilschutz überhaupt nicht erfasst. Schliesslich sind auch erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Sowjetunion, sich von einem amerikanischen Vergeltungsschlag in kurzer Frist zu erholen, geboten. Selbst wenn es den Russen gelänge, in einem ersten Überraschungsangriff die Nuklearwaffen der USA erheblich zu reduzieren, so änderte dies wenig an der verheerenden Wirkung selbst eines limitierten amerikanischen Gegenschlags. Nach Geoffrey Kemp könnten sieben Poseidon-U-Boote rund 60 % der Sowjetindustrie zerstören, und bedenkt man den extremen Zentralismus in der politischen Führung des Sowjetimperiums, so mögen wohl wenige Nuklearsprengköpfe genügen, um die wichtigsten Befehlszentren ausser Funktion zu setzen.

Der Kongressausschuss für Rüstungs-

produktion kam in einem Untersuchungsbericht 1977 zum Schluss: «Soviet civil defense measures might be effective in protecting lives and industry against an attack by a secondary nuclear power like China or France, but there are no foreseeable circumstances in which they could give significant protection against an all-out US attack.»¹ Der Ausschuss fährt fort, dass es ein Fehler sei, aus dem Ausbau des sowjetischen Zivilschutzes auf die Absicht der UdSSR zu schliessen, eine kriegsgewinnende Nuklearstrategie zu entwickeln.

Zwiespältige Antwort der USA

Die Folgerung, dass die sowjetischen Zivilschutzanstrengungen das Kräftegleichgewicht zwischen den beiden Supermächten empfindlich stören und den Ausbruch eines Nuklearkrieges befördern, ist in den USA nach wie vor umstritten. Auf jeden Fall hat der Ausbau des sowjetischen Zivilschutzes, so beschränkt er auch in mancher Hinsicht sein mag, bis anhin noch nicht zu mindestens gleichwertigen Programmen in den Vereinigten Staaten geführt. Die grossen Bevölkerungszentren wären einem Nuklearangriff der UdSSR schutzlos ausgeliefert; es bestehen weder Pläne zur Evakuierung der Zivilbevölkerung noch zum Aufbau eines wirksamen Schutzes industrieller Werke. Hypothetisch verfügt heute die Sowjetunion gegenüber den USA über einen strategischen Vorteil, indem sie zumindest auf dem Papier bei einem Nuklearkrieg für ihre Bevölkerung geringere Risiken eingehen würden. Die USA setzen diesem Vorteil gegenwärtig nicht einen raschen Ausbau des Zivilschutzes entgegen, sondern vertrauen auf ihre nukleare Kapazität zum Rückschlag. So teilte der US-Verteidigungsminister im Zusammenhang mit der Präsentation des jüngsten Verteidigungsbudgets mit, dass ein Ausbau des sehr bescheidenen Zivilschutzprogramms vorgesehen sei. Unterstände sowie Vorbereitungen zur Evakuierung der städtischen Bevölkerung können eine sinnvolle Ergänzung der amerikanischen Politik der «flexible response» sein, indem sie einerseits die Absicht der USA de-

¹ Die sowjetischen Zivilschutzmassnahmen mögen zum Schutz von Leben und Industrieeinrichtungen beim Angriff einer zweitrangigen Nuklearmacht, wie Frankreich oder China, ausreichend sein, es gibt indessen keine vorhersehbaren Umstände, unter welchen sie wirksamen Schutz bei einem nuklearen Totalangriff der USA bieten könnten.

monstrieren, der nuklearen Bedrohung mit Schutzmassnahmen zu begegnen, und andererseits helfen, die Katastrophenwirkung zu dämpfen, falls die Abschreckung nicht gelingt. Nach Meinung des Verteidigungsministers haben die USA genügend Zeit, um die Möglichkeiten des Zivilschut-

zes sorgfältig zu untersuchen und keine überstürzten Programme in die Wege zu leiten. In einem Punkt stimmen allerdings die meisten amerikanischen Verteidigungs- und Zivilschutzspezialisten überein: Wie bescheiden die tatsächlichen Zivilschutzvorkehrungen in der UdSSR auch sein mögen,

dies kann nicht als Garantie dafür angesehen werden, dass die Kreml-Führung sich nicht eines Tages in Überschätzung der eigenen Kapazitäten zu einem Atomschlag entschliessen könnte.

Militärische Anstrengungen in Ost und West: von Konvergenz keine Rede

Dem Staat sind allgemein im Westen nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend neue Aufgaben übertragen worden. Darin äussern sich nicht nur tatsächliche, aus der wissenschaftlichen, technischen, wirtschaftlichen, also generell zivilisatorischen Entwicklung entstandene Bedürfnisse. Das wesentlich vergrösserte Aufgabenvolumen des Staates ist auch im Zusammenhang damit zu sehen, dass dessen historisch vorrangige Aufgabe der Verteidigung nach aussen relativ faktisch an Gewicht verloren hat. Das Beispiel von zwei wohl nur von der Staatsform und vom hohen Entwicklungsstand her vergleichbaren Staaten, die USA und die Schweiz, ist dafür bezeichnend.

Die Militärausgaben der USA entsprachen 1964 (vor Vietnam!) 8,3 % des Bruttosozialproduktes, seit 1973/74 entsprechen sie weniger als 6 %; 1964 machten die Militärausgaben fast 42 % des Bundesbudgets aus und entsprachen 28 % der Aufwendungen der öffentlichen Hand. 1975 waren es nurmehr 27 bzw. 17 %. Im Fall der Schweiz stellt man ein Absinken des Anteils der Ausgaben des EMD an den Ausgaben des Bundes von 31 % im Jahre 1965 auf 18,7 % im Jahre 1976 fest, während der Anteil am Bruttosozialprodukt seit den frühen siebziger Jahren bei oder unter 2 % liegt. Der Anteil der schweizerischen Militärausgaben an den Ausgaben der öffentlichen Hand ist von rund 14 % Mitte des letzten Jahrzehnts auf nun etwa 8 % zurückgegangen. Fazit: Das in Geld ausgedrückte Opfer für die Vorbereitung der Verteidigung bzw. für die Abschreckung oder, in unserem Fall, für die Dissuasion ist kleiner geworden.

«Zumeist haftet unsere Sicht an Grössen, die bereits der Vergangenheit angehören»

Welches sind – neben budgetmässigen Rücksichten – die tieferen Gründe für diese ziemlich durchgehend im industrialisierten Westen feststellbare

Tendenz? Ganz offensichtlich das auf die jahrzehntelange nuklearstrategische Suprematie der USA zurückgehende allgemeine, zumeist unausgesprochene «Gefühl», es könne dort, wo wesentliche Interessen der Supermächte und insbesondere der USA auf dem Spiel stehen, das heisst in Europa, besonders in Mitteleuropa, doch nichts passieren. Die Überzeugung auch, die allgemeine qualitative Überlegenheit westlichen Geräts, unter anderem in Nahost und Fernostkriegen erwiesen, kompensiere die zahlenmässige Überlegenheit des Warschauer Paktes. Für den fortwirkenden Einfluss dieses Gefühls, ungeachtet unbestreitbar veränderter strategischer Gegebenheiten, spricht etwa die Ankündigung des Bundesrates in seinem Bericht über das Leitbild der Landesverteidigung in den achtziger Jahren, der Realwert der Mittel für die Realisierung der Armee der achtziger Jahre werde etwa dem «heutigen Stand» (1975) entsprechen.

Peinlich bei all dem ist bloss, dass die andere Seite – aus welchen Gründen immer – von einer Stabilisierung ihrer militärischen Anstrengungen Umgang genommen hat. Der Realwert der sowjetischen Militärausgaben ist, offiziellen amerikanischen Angaben zufolge, von etwas über 100 Mrd. Dollar Mitte des letzten Jahrzehnts auf nunmehr rund 150 Mrd. Dollar gestiegen, während er in den USA zwischen 1971 und 1975 unter 120 Mrd. Dollar (unter Abzug der unproduktiven Vietnam-Kosten) sank und seither 120 Mrd. Dollar leicht überstiegen hat. Das hat natürlich handfeste Folgen.

Zunehmendes Gefälle zwischen Ost und West

Im Durchschnitt der Jahre 1972–1976 haben gemäss US-Verteidigungsministerium die Sowjets fast sechsmal mehr Panzer produziert als die USA (2700 zu 470), achtmal mehr Geschütze und zweimal mehr Flugzeuge. Gemäss derselben Quelle haben die

Sowjets nun einen Totalbestand von nahezu 50 000 Kampfpanzern – gegenüber 10 000 der USA. Da gleichzeitig der Personalbestand aller sowjetischen Teilstreitkräfte binnen der letzten 12 Jahre von 3,4 auf 4,4 Mio. Mann erhöht wurde, wurde nicht nur die Aufstellung neuer Divisionen möglich – nicht mehr 140 Sowjetdivisionen wie 1965, sondern mehr als 170 –, sondern, und das ist wichtig, eine erhebliche Verstärkung des Haupttyps erreicht: Die mechanisierte Division zählt jetzt 14 000 Mann, 266 Panzer und 165 Geschütze. Parallel dazu ist das taktische Nuklearwaffenpotential der Sowjetunion sehr wesentlich verstärkt und verbessert worden.

Die Folgen werden in nachstehendem Szenario deutlich, das vom deutschen Bundestagsabgeordneten Wörner stammt («Europäische Wehrkunde», 12/77):

	Divisionen Nato	Divisionen Wapa
Zentraleuropa, Angriff Wapa aus dem Stand	18	39
Angriff nach Auf- marsch von 10 Tagen	25	77
Grossaufmarsch ohne Überraschung	32	110

Dies muss in zweifacher Hinsicht beurteilt werden: erstens, dass das nuklearstrategische Kräfteverhältnis erstmals in der Geschichte die USA nicht länger begünstigt; zweitens, dass die Qualität der sowjetischen Waffen wesentlich gesteigert worden ist.

Die USA und einige ihrer Verbündeten scheinen entschlossen, die Konsequenzen aus dieser unerquicklichen Situation zu ziehen. Wir werden, wenn wir es ernst meinen mit dem, was im Bericht über unsere Sicherheitspolitik steht, nicht umhin können, die Modernisierung der Armee zu beschleunigen, was mehr Geld und somit einen Führungsakt von Bundesrat und Parlament verlangt.